

Schupp, Jürgen

Article

Armut in Europa - ist die ambitionierte Zielgröße noch zeitgemäß?: Kommentar

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Schupp, Jürgen (2011) : Armut in Europa - ist die ambitionierte Zielgröße noch zeitgemäß?: Kommentar, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 78, Iss. 46, pp. 20-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/152226>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Prof. Dr. Jürgen Schupp ist Leiter der Infrastrukturreinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) am DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Armut in Europa – Ist die ambitionierte Zielgröße noch zeitgemäß?

Die Europäische Kommission hat sich vor fast genau einem Jahr ein ehrgeiziges und auch neues Ziel gesetzt, das als Weiterentwicklung des Lissabon-Vertrages gilt. Es geht um die Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Unter der als Strategie „Europa 2020“ verabredeten europäischen Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialagenda einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf das Ziel, in den nächsten zehn Jahren mindestens 20 Millionen Menschen einen Weg aus der Armut und der sozialen Ausgrenzung zu eröffnen. Ein ausgesprochen ambitioniertes Ansinnen, denn dies würde implizieren, die derzeit für die Euroländer geschätzte Zahl der von Armut betroffenen von rund 80 Millionen Menschen um ein Viertel zu senken.

Dieser Beschluss wurde unter dem Eindruck der Bilanzierung der Auswirkungen der Wirtschaftskrise gefasst und auf Basis der Einsicht beschlossen, dass die schwächsten Bürgerinnen und Bürger der europäischen Staaten am härtesten von der Krise getroffen werden. Es fällt schwer, sich diesem hehren Ziel zu verweigern; welcher Politiker oder auch steuerzahlende EU-Bürger wollte sich nicht dafür einsetzen, Armut und soziale Ausgrenzung abzubauen. Aber der Fluch liegt im Detail solcher Indikatoren. Denn die methodischen Ansprüche an soziale Indikatoren, die als Zielgrößen auch für Zwecke der politischen Steuerung verwendet werden, sind hoch. So soll ein Indikator robust und statistisch korrekt sein, er sollte direkt auf politische Maßnahmen reagieren, aber zugleich nicht manipulierbar sein. Ob hinsichtlich der Armutsdefinition bereits die methodischen Voraussetzungen erfüllt sind, muss auch vor dem Hintergrund der in Deutschland gesammelten Erfahrungen bei der Erstellung der bisher drei veröffentlichten Armuts- und Reichtumsberichte bezweifelt werden.

So verwundert es auch nicht, dass bereits im April 2011, als nämlich die Mitgliedstaaten ihre nationalen Reformprogramme zur Einlösung der Europa-2020-Ziele mitteilten, auf die einfache Addition der 27 EU-Staaten verzichtet und lapidar vermerkt wurde, dass das Ergebnis wegen Unterschieden in den nationalen methodischen Berechnungsweisen nicht

ermittelbar sei. Mit anderen Worten: Das große Ziel wird ein leeres Versprechen bleiben und wenig geeignet sein, das in den letzten Wochen von Politikern vielfach beschworene Vertrauen in das Projekt eines gemeinsamen Europas zu fördern.

Was bei Ökonomen schon lange als Binsenweisheit gilt: „There is no free lunch“, dämmert zunehmend auch den EU-Bürgern, deren Regierungen für die gemeinsam gesteckten Ziele der EU in die Verantwortung genommen werden. Zugeständenermaßen wurde bei der Verkündung des Programms in aller Vorsicht darauf hingewiesen, dass das neue Jahrzehnt vermutlich überwiegend von öffentlichen Ausgabenkürzungen geprägt sein wird und das Vertrauen durch das Beschreiten neuer partizipativer Wege gestärkt werden müsse, die die Effizienz von Maßnahmen steigern können. Auf gut Deutsch: Das Ziel wurde verkündet ohne zusätzliches Geld zur Bekämpfung von Armut in Aussicht stellen zu können. Aus den drei Armuts- und Reichtumsberichten sollte sich die Erkenntnis durchgesetzt haben, dass die Bekämpfung der Ursachen von Armut ein langwieriger Prozess ist, und schnelle Erfolge gerade in Zeiten schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen nicht realistisch sind.

Mittlerweile hat sich die Eurokrise dramatisch verschärft, und gerade die Länder mit den ehrgeizigsten Zielen der Armutsreduktion (Italien, Frankreich, Spanien, Portugal, Griechenland) sind diejenigen Länder der Eurozone mit in den letzten Monaten drastisch verschärften Sparauflagen zur Begrenzung der nationalen Verschuldung öffentlicher Haushalte.

Muss es der protestierende Wut-Bürger in Athen nicht als geradezu zynisch erachten, dass Europa nach wie vor das Ziel verfolgt, in seinem Land in den nächsten Jahren die Armut zu bekämpfen und um ein Viertel zu senken? Ist es nicht viel realistischer, dass es schwer genug sein wird, die bereits jetzt bestehende Ungleichheit zwischen den EU-Staaten nicht noch weiter zu vertiefen? Sind die Ziele zu hoch gesteckt, ist ein Scheitern nahezu programmiert, und die Akzeptanz und das Vertrauen in die europäischen Institutionen werden mit Sicherheit nicht wachsen. Eine Anpassung des Zielwertes erscheint deshalb dringend geboten, um nicht das Ziel selbst in Misskredit zu bringen.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
78. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Ferdinand Fichtner
PD Dr. Joachim R. Frick
Prof. Dr. Martin Gornig
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spielf
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Sabine Fiedler

Redaktion

Renate Bogdanovic
PD Dr. Elke Holst
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Ferdinand Fichtner
Dr. Markus M. Grabka

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Stabsabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.